Windsheimer Zeitung, 27. März 2010

„Offenen und fairen Umgang pflegen“

Rat reagiert auf die Bitte von „Etz langt's“, in Sachen Hubschrauberflügen aktiv zu werden

BAD WINDSHEIM (gb) – Mit einer gemeinsamen Erklärung, die lediglich von Petra Negendank (SPD/UB) nicht mitgetragen wird, haben sämtliche im Stadtrat vertretenen Fraktionen und Gruppen auf einen Vorstoß der Kreisgruppe der Bürgerinitiative „Etz langt's“ reagiert. Weil ein erster Anlauf im Juli 2009 verpufft war, hatte deren Sprecherin Susanne Albang aus Marktbergel in einem Schreiben vom 8. März Bürgermeister Ledertheil erneut darum gebeten, sich „mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen und politischen Mitteln dafür einzusetzen, dass die Belastungen der Bevölkerung durch Hubschrauberflüge reduziert werden, dass nicht mehr über und an Wohn- und Mischgebieten geflogen wird und dass nächtliche Flüge nach 22 Uhr unterbleiben“.

Nachdem der Ansbacher Stadtrat im Mai 2009 per einstimmigen Ratsbeschluss ein Nachtflugverbot und ein Überflugverbot von Wohngebieten verlangt hatte, hofft die Bürgerinitiative „Etz langt's“ nun auch auf politische Signale aus dem Umfeld von Illesheim. Dort und im Ansbacher Stadtteil Katterbach sind mehr als 100 Kampfhubschrauber der 12. Heeresfliegerbrigade der US-Armee stationiert.

Und die Helikopter sind wieder viel unterwegs. So hat sich die Zahl der nächtlichen Flüge sowie derer über bewohntes Gebiet nach Angaben der Initiative zuletzt gesteigert. Bei deren Online-Meldestelle seien 1589 Beschwerden über Flüge über oder direkt neben Wohngebieten eingegangen. 14,5 Prozent dieser Flüge hätten nach 22 Uhr, weitere 22,5 Prozent zwischen 20 und 22 Uhr stattgefunden.

Hingewiesen hat Susanne Albang in ihrem Schreiben auch auf die Ergebnisse von in Ickelheim vorgenommenen Lärmmessungen mit Geräten der Initiative „Voltkraft 200 S“. Bei 74 Prozent der gemessenen Flüge lag der Schallpegel über 60 Dezibel. Ab diesem Schalldruckpegel gefährde Fluglärm enorm die Gesundheit, wie das Umweltbundesamt nachgewiesen habe. Die Gefahr schwerer Herz- und Kreislauferkrankungen steige laut wissenschaftlicher Studien um bis zu 100 Prozent an. In Einzelfällen hätten die Messungen des Fluglärms sogar Werte von 85 Dezibel erbracht, was „absolut unerträglich“ sei.

„Zudem“, so die Initiative weiter, „ist die Luftverschmutzung durch Abgase aus tausenden Litern Flugbenzin eine ernsthafte Gefährdung der Gesundheit sowie eine dauerhafte Schädigung der Umwelt. Der für die Hubschrauber verwendete Treibstoff „JP8“ sei Krebs erregend, verändere das Erbgut und schädige innere Organe. Beier Verbrennung während des Fluges entstünden „hochgiftige Abgase, die in die Luft, das Wasser und den Boden gelangen“. Dieser „Giftcocktail“ gelange durch die Atmung und über die Haut in die Körper der Menschen, und nicht zuletzt „tragen die Abgase in erheblichem Maße zur Klimaerwärmung bei“.

Basierend auf Angaben der US-Armee, wonach im Zeitraum von Dezember 2007 bis November 2008 im Raum Katterbach-Illesheim 58 691 Flugstunden absolviert worden seien, errechnete „Etz langt's“ einen jährlichen Gesamtausstoß an Kohlendioxid von 101 388 Tonnen. Ein „Apache“-Hubschrauber verbraucht pro Flugstunde rund 600 Liter Treibstoff, ein „Chinook“ sogar weit über 1000 Liter, so Susanne Albang.

Verbraucht laut „Etz langt's“ pro Flugstunde rund 600 Liter Treibstoff: Ein Apache Longbow AH-64D. Archivfoto: Oberth

„Tourismus und Kurbetrieb werden auf Dauer unweigerlich unter den militärischen Aktivitäten leiden“, befürchtet die Bürgerinitiative. Die von „Etz langt's“ ausgelegten Unterschriftenlisten zeigten, dass auch (Kur-)Gäste der Stadt sich „erheblich gestört fühlen und sich fragen, warum Bad Windsheim das Prädikat ‚Bad' trägt, obwohl es mitten in militärischem Übungsgebiet liegt, in dem sogar Manöver durchgeführt werden“. „Etz langt's“ hält Solidarität unter den betroffenen Gemeinden für geboten, weshalb es sinnvoll sei, sich den Forderungen der Stadt Ansbach anzuschließen. Ansonsten werde Bad Windsheim das blühen, was im Landkreis Ansbach bereits geschehe: „Flugrouten werden verlegt, weg von Gemeinden, die sich beschweren, hin zu Gemeinden, die nichts taten.“

„Dass es durchaus für die lokale Politik möglich ist, auf die Aktivitäten des US-Militärs Einfluss zu nehmen und die örtliche Bevölkerung zu schützen“, habe „Etz langt's“ in Mannheim erfahren dürfen, so Albang: „Dort gelten bürgerfreundlichere Flugbestimmungen und die örtliche Bürgerinitiative gegen Fluglärm sitzt in der Lärmschutzkommission und bestimmt die Flugrouten mit.“

„Sorgen ernst nehmen“

Nun also hat der Stadtrat von Bad Windsheim „Etz langt's“ geantwortet. In dem Schreiben ist zu lesen, dass die Ratsmitglieder „die Sorgen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sehr ernst nehmen“ und die immer wieder auftretenden Lärmbelästigungen und die Angst vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen nachempfinden können.

Bei regelmäßig stattfindenden Besprechungen der Fluglärmkommission gebe der Vertreter der Stadt Bad Windsheim die eingegangenen Beschwerden weiter und es werde „stets versucht, die unvermeidlichen Belästigungen der Bevölkerung so gering wie möglich zu halten“. Seitens der verantwortlichen Vertreter der 12. Heeresfliegerbrigade werde „betont, dass die tatsächlichen Flugzeiten erheblich unter den rechtlich zulässigen Flugzeiten liegen und es sich bei dem verwendeten Flugtreibstoff um zugelassenes Flugbenzin ohne von der Klassifikation abweichende Zusatzstoffe handelt“.

Der Schlusssatz der Verlautbarung legt den Schluss nahe, dass der Inhalt des von den drei Bürgermeistern sowie den Sprechern der vier Fraktionen und der Liste Land unterzeichneten Briefes Ergebnis eines schwer errungenen Kompromisses ist. Dort steht zu lesen: „Wir wissen, dass ein für beide Seiten zufrieden stellender Interessenausgleich nicht immer möglich ist, denken aber auch an die tiefe, dauerhafte Partnerschaft zu unseren amerikanischen Freunden und an eine gebotene Solidarität zu amerikanischen und deutschen Soldaten, die gemeinsam einen gefährlichen Dienst im Ausland leisten. In diesem Sinne appellieren wir an die Beteiligten, einen offenen und fairen Umgang miteinander zu pflegen.“

Petra Negendank stimmte als einzige der bis auf Dr. Wolfgang Stadler vollzählig versammelten Ratsmitglieder gegen den Entwurf. Zum einen, weil sie das Schreiben der Bürgerinitiative nicht kannte, zum anderen ist sie der Ansicht, der Inhalt des Ratsschreibens „sagt nichts aus und wird niemandem gerecht“.